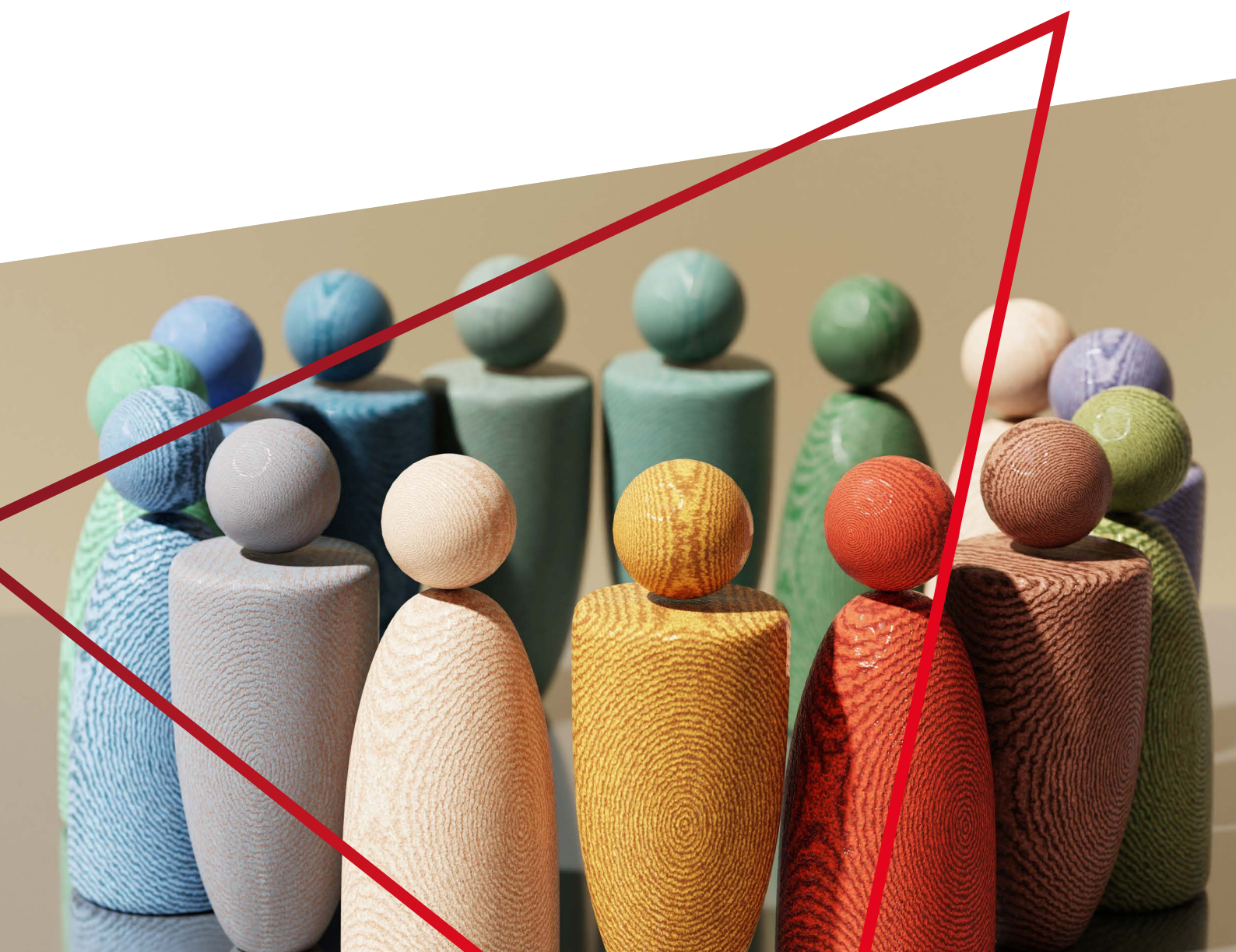




TEILHABE BERICHT 2025



VORWORT

Es ist unser Ziel, die IG Metall als Behindertenverband sichtbarer zu machen. In den vergangenen Jahren wurde über die Aktivitäten der IG Metall als Behindertenverband insbesondere in den Sitzungen der Teilhabe-Kommission, in den Bezirken und den Geschäftsstellen detailliert berichtet und diskutiert. Darüber hinaus gibt es eine wachsende Zahl an Publikationen in allen Medien der IG Metall, die das Engagement der SBVen und ihren Einsatz zusammen in und mit der IG Metall für die Belange von Menschen mit Behinderung in das Zentrum stellen. Ab 2026 stellen wir dieser Praxis einen jährlich erscheinenden Teilhabebericht zur Seite. Der Teilhabebericht ergänzt die existierenden Kanäle rund um das Thema Teilhabe- und Behindertenpolitik und schafft einen Überblick über die unterschiedlichen behindertenpolitischen Aktivitäten und "Spielfelder" des vorherigen Jahres, auf denen sich die IG Metall bewegt.

Im Namen wird deutlich, welchen Schwerpunkt diese Berichtreihe hat:

Es geht darum, die Dimensionen der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung bekannter zu machen. Für die IG Metall spielt dabei die Inklusion in Arbeit die zentrale Rolle. Dies gilt sowohl für das enorme Engagement der betrieblichen Interessenvertretungen vor Ort als auch für unseren gemeinsamen Einsatz für die Weiterentwicklung und Verbesserung des Behindertenrechts auf allen Ebenen der Gesetzgebung.

Lion Salomon

Ressort Arbeitsgestaltung- und Gesundheitsschutz / Teilhabe

INHALT

Inklusion ist nicht verhandelbar	4
Die IG Metall ist Behindertenverband	6
Neuwahlen und Antritt der Merz-Regierung	8
Im Einsatz gegen politische Stagnation 2025	9
Veranstaltungshighlights IG Metall Vorstand 2025	10
Die SBV-Wahlen werfen ihren Schatten voraus	11

INKLUSION IST NICHT VERHANDELBAR

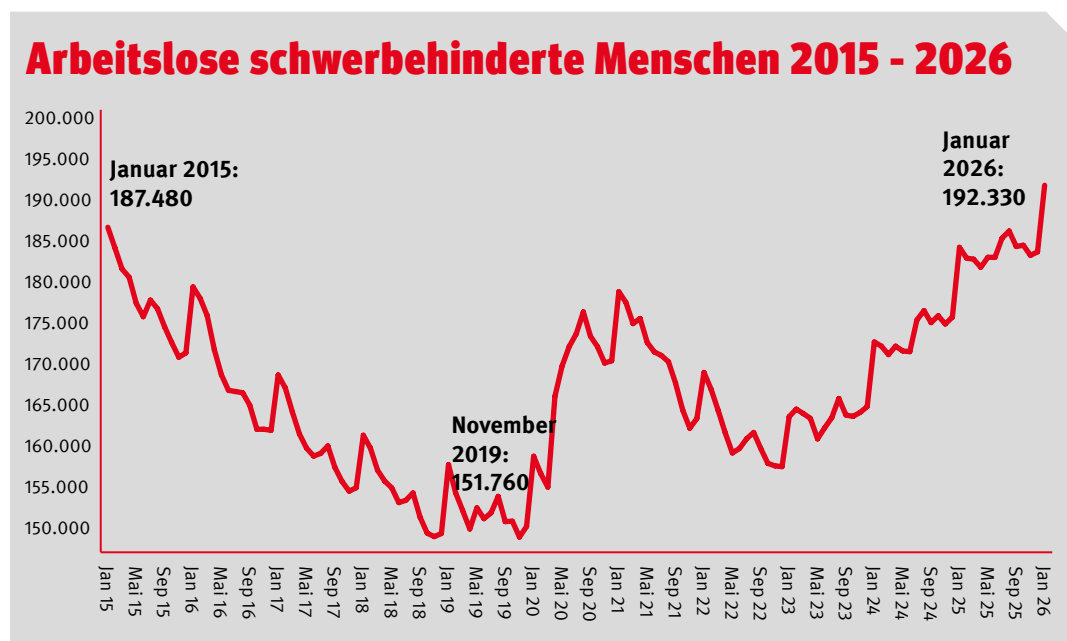
Das Jahr 2025 begann wie 2024 endete. Zu wachsenden Spannungen in den internationalen Beziehungen, wirtschaftlicher Stagnation und der Krise des deutschen Wachstumsmodells kam das Scheitern der Ampelkoalition.

Die Auseinandersetzungen um die Wohlstandsverteilung in Deutschland, das Anzweifeln sozialer und ökologischer Erfordernisse oder die Infragestellung von Guter Arbeit durch Restrukturierungen in der Transformation kennzeichnen gegenwärtige Politik.

Die Konfliktlinien in den Betrieben und der Politik verschärften sich. Auch die Behindertenpolitik – nicht zuletzt in den Betrieben – war früh davon betroffen. Eine Umfrage der IG Metall aus November 2025 zur Situation der Inklusion und Teilhabe in den Betrieben verdeutlicht dies:

- 63 Prozent der befragten Schwerbehindertenvertretungen geben an, dass die betriebliche Unsicherheit (stark) zunimmt.
- 84 Prozent benennen als Ursache wachsender Unsicherheit „Beschäftigungsabbau bzw. Umstrukturierung im Unternehmen“.
- 44 Prozent nennen den „Wegfall von Arbeitsplätzen für leistungsgewandelte Beschäftigte“ als Grund.

Die wachsende Verunsicherung in den Belegschaften ist weit mehr als nur ein Gefühl. Die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Schwerbehinderung verschärfte sich im Laufe des Jahres 2025 weiter. Die Arbeitslosigkeit nahm im Jahresverlauf konstant zu und zum Jahreswechsel erreichte sie einen Höchststand (Siehe Abb. 1). Im Januar 2026 waren laut Bundesagentur für Arbeit 192.330 Menschen mit Schwerbehinderung arbeitslos gemeldet!



(Abd. 1; Quelle: Bundesagentur für Arbeit)



Das raue Klima zeigt sich nicht nur in den Arbeitslosenzahlen: Anträge auf Kündigung (22.288 Anträge) gingen 2025 genauso nach oben wie die Anzahl der Unternehmen (47.000), die trotz Beschäftigungspflicht keinen einzigen Menschen mit Schwerbehinderung beschäftigen (vgl. Inklusionsbarometer Arbeit 2025). Die Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen sank laut Bundesagentur für Arbeit weiter auf 4,41 Prozent (2024 waren es 4,44 Prozent)..

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist eindeutig

Die behindertenpolitische Ausrichtung der IG Metall orientiert sich stark an der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen (UN-BRK). Die UN-BRK ist seit 2009 von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert. Damit verpflichtet sich Deutschland die UN-BRK umzusetzen und in nationales Recht zu überführen. Sowohl öffentliche Institutionen, zivilgesellschaftliche Organisationen als auch private Unternehmen sind dazu verpflichtet. An vielen Stellen – nicht zuletzt in der Arbeitswelt – hinkt die Bundesrepublik zu weit hinterher.

Die kritische Arbeitsmarktsituation, die oftmals fehlende Barrierefreiheit in den Betrieben und die Zögerlichkeit der Politik, zeigen jedoch, dass bisherige Bemühungen unzureichend sind. Dies erfordert gewerkschaftliche Gegenwehr und Initiative. Die IG Metall nimmt sich dieser Aufgaben im Verbund mit den Schwestergewerkschaften im DGB an. Auf allen Organisationsebenen ist die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung für die IG Metall immer mitzudenken.



DIE IG METALL IST BEHINDERTENVERBAND

Die IG Metall organisiert über hunderttausend Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt. Die Mitglieder und die über 2.500 Schwerbehindertenvertretungen, die Mitglied in der IG Metall sind, machen die Gewerkschaft zu einer unverzichtbaren Kämpferin für die Rechte und die Anerkennung von behinderten Menschen in den Betrieben.

Die „Vertretung und Förderung der gleichberechtigten Teilhabe behinderter und von Behinderung bedrohter Menschen am Leben in der Gesellschaft, insbesondere im Arbeitsleben“, ist selbstgestecktes Satzungsziel der IG Metall. Das macht die IG Metall zu einem der größten Behindertenverbände Deutschlands.

Drei Handlungsfelder für die IG Metall

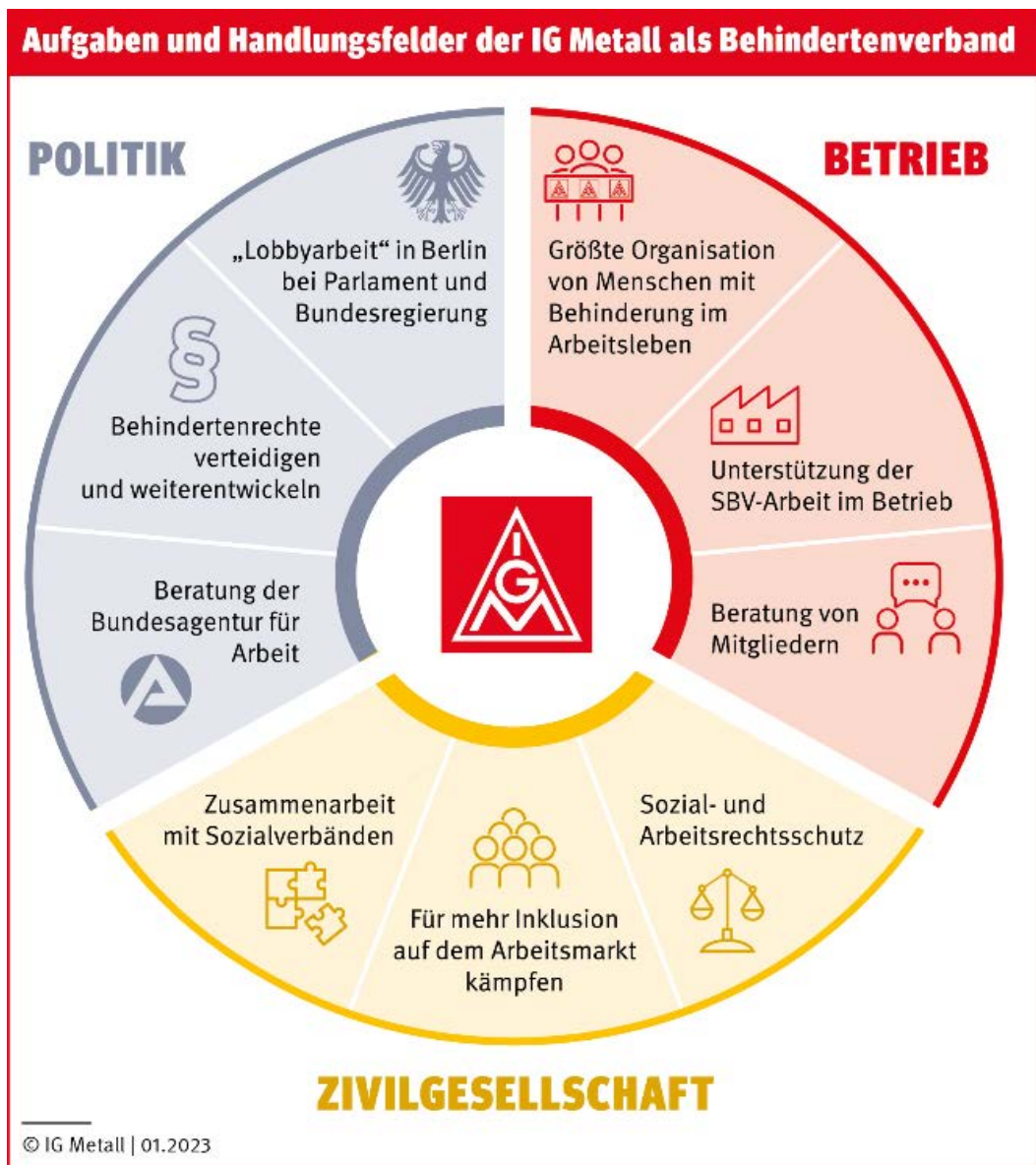
Die Aufgaben als Behindertenverband sind vielfältig und komplex. Sie lassen sich in drei Felder aufteilen, die sich in der täglichen Arbeit an vielen Stellen überschneiden.

Politik

Ein wichtiger Teil der Arbeit als Behindertenverband macht die Politikberatung aus. Konkret bedeutet das, sich z.B. in Berlin für die Belange der Menschen mit Behinderung einzusetzen. Erste Adresse ist die Bundesregierung. Die meisten behindertenpolitischen Themen werden vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) bearbeitet. Zusammen mit dem DGB und seinen Mitgliedsgewerkschaften bildet die IG Metall eine starke Stimme der Arbeit bei Fragen der Behindertenpolitik in der Arbeitswelt und darüber hinaus.

Betrieb

Gewerkschaftliche Stärke entscheidet sich im Betrieb. Die politische Durchsetzungsfähigkeit und die Schlagkraft ist direkt verbunden mit der betrieblichen Verankerung der IG Metall in ihrem Organisationsbereich. Das gilt auch für die behindertenpolitische Arbeit der IG Metall vor Ort. Daher ist der Betrieb unverzichtbares Standbein für gewerkschaftliche Behindertenpolitik. Hierzu gehört die Beratung von Mitgliedern genauso wie die Unterstützung der betrieblichen Interessenvertretung und die Entwicklung betrieblicher Strategien guter SBV-Arbeit vor Ort.



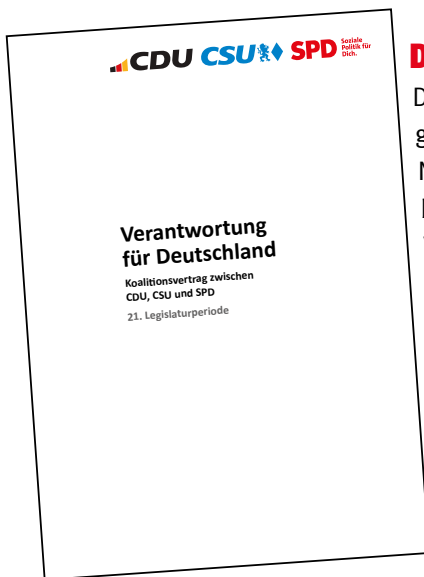
Zivilgesellschaft

Eine Behinderung gilt für alle Lebensbereiche – nicht nur für die Arbeitswelt. Daher ist die IG Metall auch dort aktiv. Mitglieder unterstützt die IG Metall auch bei behindertenpolitischen Fragen durch den Sozial- und Arbeitsrechtsschutz.

Neben der individuellen Unterstützung steht die Bündnisarbeit mit anderen Sozialverbänden und Behindertenverbänden im Zentrum. Oft findet das unter dem Dach des DGB statt. Die Schnittstelle z.B. zum VdK wird in der Regel über den Dachverband organisiert. Die Positionen der Sozialverbände und der Gewerkschaften sind in den meisten Fällen annähernd deckungsgleich. Bei besonders kritischen und strategischen Fragestellungen hat sich ein enger, vertrauter Austausch bewährt. In der Vergangenheit war dies z.B. bei der erfolgreichen Verhinderung einer Verschlechterung für Menschen mit Behinderung durch eine Reform der Versorgungsmedizinverordnung oder bei der konsequenten Erstreitung einer vierten Stufe der Ausgleichsabgabe der Fall.

NEUWAHLEN UND ANTRITT DER MERZ-REGIERUNG

Das Jahr 2025 begann mit dem Wahlkampf zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025. Die Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP brach Ende 2024 auseinander, bevor viele behindertenpolitische Reformvorhaben umgesetzt werden konnten. Der Ampel fehlte hierfür die Kraft. Es war fraglich, ob nach dem Scheitern der Ampel-Regierung die kommende Regierung willens sein würde, die fallen gelassenen Stränge in der Behindertenpolitik wieder aufzunehmen. Bereits im Wahlkampf zeichnete sich eine zunehmende Polarisierung ab. Nach hitzigen Debatten um die „Brandmauer“ und die „Zeitenwende“ mündete die Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 in der Wahl Friedrich Merz´ zum Bundeskanzler einer schwarz-roten Koalition am 6. Mai 2025.



Die Behindertenpolitik im Koalitionsvertrag

Die Koalitionsverhandlungen waren nicht zuletzt geprägt von Debatten um Sondervermögen für Verteidigung und Infrastruktur, Entbürokratisierung und Staatsmodernisierung. Neoliberale Sparzwänge der schwarzen Null wurden verknüpft mit Aufrüstungsambitionen. Sozialpolitische Reformbedarfe werden seitdem unter den Aspekten der Verschlinkung und Einsparung diskutiert und Verbesserungen blockiert. Inklusion und die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am gesellschaftlichen Leben geraten durch diese Orientierung zunehmend unter Druck.

Nicht zuletzt aufgrund unseres gewerkschaftlichen Engagements unter dem Dach des DGB konnten wichtige behindertenpolitische Ziele gegen diesen allgemeinen Trend im Koalitionsvertrag untergebracht werden. Inklusion und Barrierefreiheit kommen in verschiedenen Passagen des Vertrages vor und zielen insbesondere auf Verkehr, Infrastruktur, Bauen und Wohnen. Dennoch bleiben die Vorhaben der Regierung hinter den Erwartungen und den realen Notwendigkeiten zurück.

Für die Arbeitswelt gilt es insbesondere folgende Passage des Koalitionsvertrages ernst zu nehmen:

„Dazu werden wir die Barrierefreiheit im privaten und im öffentlichen Bereich verbessern. Wir entwickeln das Behindertengleichstellungsgesetz weiter, sodass unter anderem alle öffentlich zugänglichen Bauten des Bundes bis 2035 barrierefrei gestaltet werden. Auch in der Privatwirtschaft wirken wir auf Barrierefreiheit hin.“ (Verantwortung für Deutschland - Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD, Seite 21)

IM EINSATZ GEGEN POLITISCHE STAGNATION 2025

An den Koalitionsvertrag gilt es 2025 anzuknüpfen und gewerkschaftliche Positionen in den Auseinandersetzungen um die konkrete Umsetzung und Ausgestaltung stark zu machen.

Das zähe Ringen um das Behindertengleichstellungsgesetz

Die IG Metall und der gesamte DGB begleiten die Auseinandersetzung um das Behindertengleichstellungsgesetz intensiv. Die Überlegungen und die Zusammenarbeit zur Weiterentwicklung des BGG fand mit dem Regierungswechsel ein jähes Ende. Die Konfliktlinien gewerkschaftlicher Positionen zu der Behindertenpolitik der Merz-Koalition werden teilweise sehr deutlich. Der Referentenentwurf zum BGG, der Ende 2025 nach langen Querelen veröffentlicht wurde, bleibt deutlich hinter den Erwartungen der Gewerkschaften zurück. Auch mit Unterstützung der Gewerkschaften konnte der Widerstand von Teilen der Großen Koalition nicht gebrochen werden. Das Reformvorhaben ist trotz punktueller Verbesserungen ein mutloser Minimalkonsens, der am Status Quo nur wenig ändern wird.

Die IG Metall wird weiterhin in allen Diskussionen an der Forderung nach einer verbindlichen Barrierefreiheit für private Anbieter von Produkten und Dienstleistungen, eine Verbesserung des Verbandsklagerechts und besseren Schadensersatzregelungen für Betroffene festhalten.

Das Betriebliche Eingliederungsmanagement bleibt auf der gewerkschaftlichen Tagesordnung

Das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) steht wieder im Koalitionsvertrag. Die dort in Aussicht gestellte bessere Bekanntmachung des BEMs wird jedoch der Dringlichkeit einer BEM-Reform nicht gerecht. Die IG Metall positioniert sich auch 2025 eindeutig in dieser Auseinandersetzung: Beschäftigte brauchen eine substanzielle BEM-Reform – keine Imagepolitik. Eine ernsthafte Reform umfasst mindestens drei Aspekte:

- ▶ individuellen Rechtsanspruch auf ein BEM nach sechswöchiger Arbeitsunfähigkeit
- ▶ Qualitative Mindeststandards für BEM-Prozesse
- ▶ Sanktionierung bei Verstößen der Arbeitgeber

Barrierefreiheit der Arbeitswelt

Barrierefreie Arbeitsstätten sind sowohl ein behinderten- als auch arbeitsschutzpolitisches Ziel, für das sich die IG Metall stark macht. Durch die Bundesinitiative Barrierefreiheit, die seit 2022 im BMAS angesiedelt ist, hat sich ein kontinuierlicher behindertenpolitischer Gesprächszusammenhang entwickelt. Diesen nutzt die IG Metall, um auf die Schaffung barrierefreier Arbeitsstätten hinzuwirken.

Darüber hinaus gibt es die Projektgruppe „Barrierefreie Gestaltung von Arbeitsstätten“ (oft auch PG Barrierefreiheit genannt). Hier werden Arbeitsstättenregeln (ASR) um Aspekte der Barrierefreiheit in den Arbeitsstätten ergänzt und in der technischen Regel für Arbeitsstätten V3a.2 aufgenommen. Die IG Metall arbeitet in dieser Projektgruppe aktiv mit. Im Jahr 2025 wurde der Anhang 1.5 „Fußböden“ in die ASR V3a.2 aufgenommen.

VERANSTALTUNGEN BEIM IG METALL VORSTAND 2025

Die IG Metall lädt jährlich zur zentralen SBV-Fachtagung ein. Die Fachtagung ist ein fester Bestandteil des zentralen Terminkalenders und erfreut sich großer Beliebtheit. Neben der Fachtagung gibt es mit der Teilhabe-Kommission einen bundesweiten Arbeitskreis, der wertvolle Impulse für die Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Behindertenpolitik leistet.

SBV-Fachtagung: Inklusion in Arbeit in der Krise!?

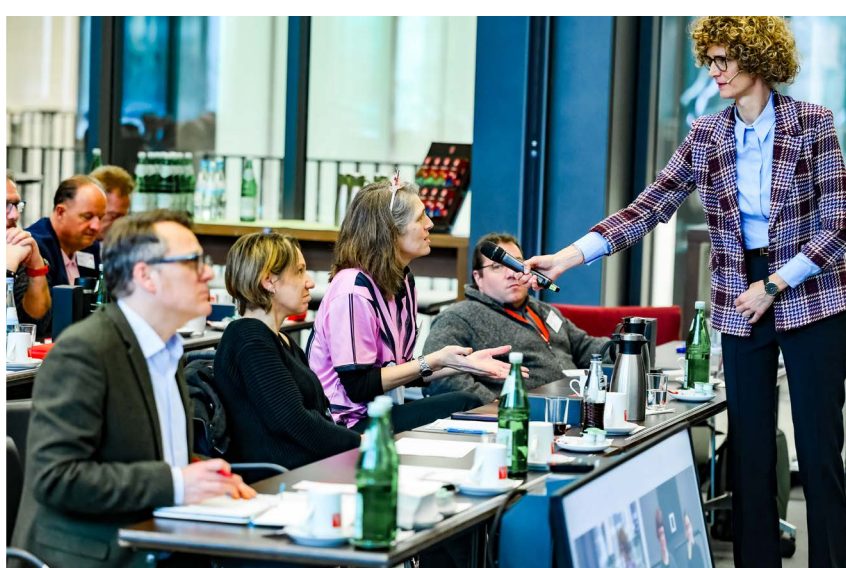
Die SBV-Fachtagungen der IG Metall markieren seit einigen Jahren ein Ausrufezeichen in Sachen der Inklusion und Barrierefreiheit. Neben individuellen Bedarfen von Kolleg*innen mit Behinderung, die immer berücksichtigt werden, setzt die IG Metall die Standards der Barrierefreiheit hoch.

Das hybride Veranstaltungsformat garantiert für alle Kolleg*innen - ob mit Hör-, Seh- oder Mobilitätsbeeinträchtigungen - die Teilnahme und Teilhabe am Gewerkschaftsleben. Dieser Prozess ist aber nie abgeschlossen, für Anregungen und Hinweisen zu noch mehr Barrierefreiheit ist immer Platz.

2025 kamen Schwerbehindertenvertretungen aus ganz Deutschland am 13. Mai nach Frankfurt am Main. Im Mainforum der IG Metall lag der Fokus auf die Arbeitsmarktsituation von Menschen mit Behinderung. Dabei lag der Fokus insbesondere auf der Beschäftigungssicherung der Arbeitsplätze leistungsgewandelter Kolleginnen und Kollegen und der Umgang von SBVen und der IG Metall mit Beschäftigungsunsicherheit in Phasen der Restrukturierung und Rationalisierung. Die IG Metall durfte neben dem Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit Vanessa Ahuja und Prof. Franz-Josef Düwell begrüßen. Hans-Jürgen Urban, Dirk Neumann und Lion Salomon diskutierten als Vertreter der IG Metall. Mit ca. 100 Teilnehmer*innen vor Ort und ebenso vielen Teilnehmer*innen, die virtuell dabei waren war die hybride SBV-Fachtagung ein voller Erfolg.

Die IG Metall auf dem Weg zur inklusiven Organisation

2024 hat die IG Metall eine Inklusionsvereinbarung abgeschlossen, die nun mit Leben gefüllt wird. Seit dem 1. August 2025 ist die Stelle des Inklusionsbeauftragten besetzt. Andreas Schwarz füllt diese Position aus. Spätestens jetzt ist die Umsetzung der Vereinbarung in vollem Gange. Die Barrierefreiheitslandkarte der IG Metall wird seit 2025 erstellt. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, flächendeckend Barrierefreiheit in der Organisation für ehren- wie hauptamtliche Gewerkschafter*innen umzusetzen.



Mit der Teilhabe-Kommission auf Wachstumskurs

Der bundesweite SBV-Arbeitskreis der IG Metall heißt Teilhabe-Kommission. Die Kommission ist unverzichtbarer Fixpunkt der gewerkschaftlichen Behindertenpolitik. Hier kommen ehrenamtliche Kolleg*innen aus allen Branchen der IG Metall zusammen.

Hier kommt nicht nur Politik auf den Prüfstand betrieblicher Praktiker*innen und Teilhabe-Expert*innen. Darüber hinaus werden hier aus betrieblichen Bedarfen politische Forderungen entwickelt, die in die Politik getragen werden. Die Kommission bietet einen Rahmen, um gewerkschaftliche Strategien für eine künftige gewerkschaftliche Behindertenpolitik zu formulieren. Jährlich gibt es eine zweitägige Klausur und eine weitere Sitzung in Präsenz. Um auch Kolleg*innen mit weiter Anreise bzw. Mobilitätsbeeinträchtigung zu ermöglichen, werden jedes Jahr mindestens zwei weitere Treffen virtuell abgehalten.

Auch in diesem Kreis haben die Teilnehmer*innen 2025 bei der alljährlichen Klausur der Teilhabe-Kommission das Thema Beschäftigungssicherung ganz oben auf die Tagesordnung gesetzt.



Die SBV-Wahlen werfen ihren Schatten voraus

Das Jahr 2026 ist ein Jahr voller wichtiger Weichen stellender Wahlen - auch in den Betrieben.. Die Planung der SBV-Wahlkampagne hat früh im Jahr 2025 mit einem breiten Beteiligungsprozess zur Entwicklung aller Kampagnenelemente begonnen. Ziel dieses Prozesses war es, ein möglichst breites Bild zu bekommen: wo die Bedarfe liegen? Welche Wünsche bestehen? Welche Herausforderungen gilt es zu meistern?

Für diese Fragen sind die betrieblichen Perspektiven und der enorme Wissens- und Erfahrungsschatz ehrenamtlicher Kolleg*innen unverzichtbar.

Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses dienen der Gestaltung und Schwerpunktsetzung der SBV-Wahlkampagne 2026. Die breite Beteiligung ist Erfolgsbedingung für eine weitreichende Wirkung der Kampagne.

Hauptamtliche Kolleg*innen einbinden

Eine wichtige Rolle für erfolgreiche SBV-Wahlen und präserter Teilhabepolitik spielen die Kolleg*innen aus den Geschäftsstellen. Sie verleihen dem Thema ein Gesicht in der Geschäftsstelle und sind Anlaufstelle vor Ort.

2025 begannen Planungen, diese Kolleg*innen durch mehr Bildungsangebote, Informationen und Kommunikation für hauptamtliche Metalller*innen stärker in die Behinderten- und Teilhabepolitik der IG Metall einzubeziehen.

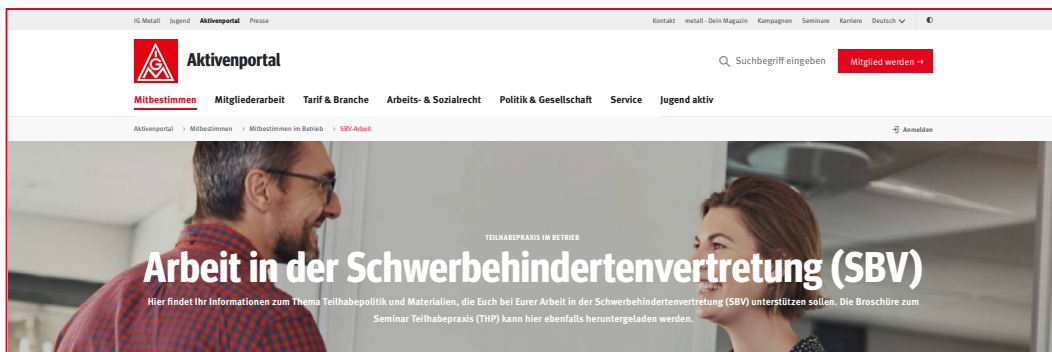
HIER FINDEST DU ALLE ARTIKEL ZUR SBV-ARBEIT UND TEILHABEPOLITIK IN DEN VERGANGENEN JAHREN

FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR SBV



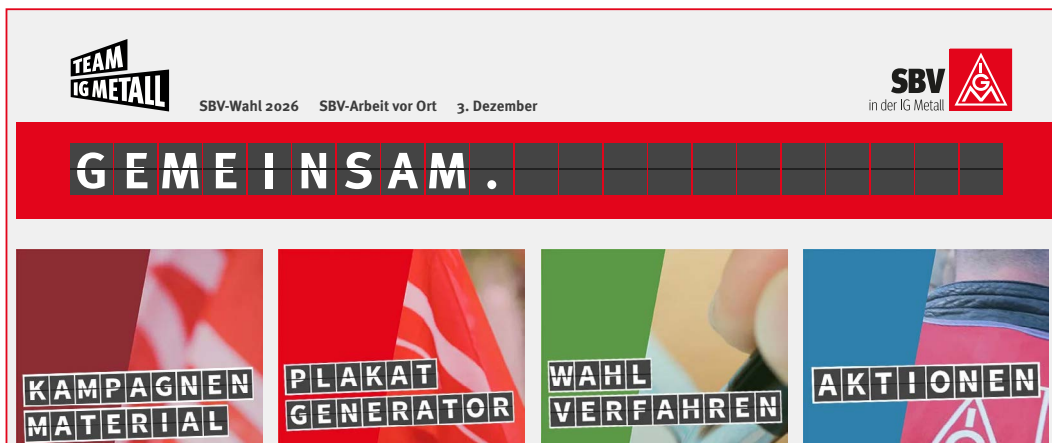
www.igmetall.de/im-betrieb/mitbestimmung/im-betrieb/fragen-und-antworten-zur-sbv-arbeit

SBV-ARBEIT



www.igmetall.de/aktive/mitbestimmen/mitbestimmen-im-betrieb/sbv-arbeit

SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNGEN IN DER IG METALL



sbv.teamigmetall.de



IG Metall
Wilhelm-Leuschner-Str. 79
60329 Frankfurt
Vertreten durch den Vorstand,
Erste Vorsitzende: Christiane Benner
Kontakt: vorstand@igmetall.de

V.i.S.d.P./Verantwortlich nach § 18 Abs. 2 MStV: Dirk Neumann, Funktionsbereichsleiter IG Metall Vorstand,
Ressort Arbeitsgestaltung und Gesundheitsschutz / Teilhabe, IG Metall Vorstand, Wilhelm-Leuschner-Str. 79,
60329 Frankfurt, Redaktion: Lion Salomon, Layout: Warenform, Bilder: istockphoto/IR_Stone (Titel),
Frank Rumpenhorst, Copyright IG Metall 2026, Teilhabepolitik@igmetall.de

igmetall.de